

## Mehr Kinder durch mehr Flexibilität?

### Der Einfluss von Arbeitsmarktpolitik auf die Geburtenrate

Zum Einfluss des Kündigungsschutzes auf das Geburtenverhalten in Dänemark, Deutschland, Großbritannien und Österreich

#### Executive Summary

Das deutsche Sozialsystem wird durch das demografische Ungleichgewicht nachhaltig herausgefordert. Die Bevölkerung wird älter durch eine gleichzeitig steigende Lebenserwartung bei zu geringer Geburtenrate: mit durchschnittlich 1,34 Kindern pro Frau in 2005 hat Deutschland eine der geringsten Geburtenraten in Europa und weltweit. Die Entscheidung für Kinder ist in hohem Maße abhängig von der ökonomischen Situation der zukünftigen Eltern. Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Kinderlosigkeit bedürfen folglich einer gemeinsamen Lösung. Unter Umständen kann sich eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, insbesondere des Kündigungsschutzes, positiv auf die Geburtenrate auswirken.

Der Vergleich mit Dänemark, Großbritannien und Österreich zeigt, dass eine Flexibilisierung im Arbeitsrecht keine negativen Auswirkungen auf die Geburtenrate hat. Eine hohe Arbeitsmarktsintegration bedeutet für Familien ausreichend Sicherheit, um sich für ein Kind zu entscheiden, besonders in Kombination mit staatlichen Sicherungssystemen, wie etwa im Falle Dänemarks. Der Schlüssel zu *Flexicurity* ist ein dynamischer Arbeitsmarkt mit niedriger Arbeitslosenrate und hohen Ausgleichszahlungen im Falle der Arbeitslosigkeit.

Deutschland ist das einzige Land, in dem sich eine hohe Arbeitsmarktintegration für Frauen negativ auswirkt. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind groß, besonders bei hoch qualifizierten Frauen, die oft zwischen Karriere und Familie wählen müssen. Diese kulturelle Barriere gilt es zu überwinden, damit eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes mit Sicherheit und Familiengründung vereinbart werden kann.

The German demographic crisis puts into question the social system of the country. The population gets older both with the growth of life expectancy and with the incredibly low birth rate: with about 1,34 children per woman in 2005, Germany had one of the lowest birth rates in Western Europe and even worldwide. The wish to have a child is closely linked to the economic situation of future parents. Unemployment, underemployment and the lack of children demand a comprehensive solution. Under certain conditions, a flexible job market and in particular lower job protection can have a positive consequence on the birth rate.

The comparison with Denmark, Great Britain and Austria shows how a change to a flexible job market can be compatible with high birth rates. A high integration into the job market brings enough security to couples to have a child, especially when social security is provided by the State like in Denmark.

The secret of *flexicurity* is a dynamic job market that goes together with a low unemployment level and high compensation for the few unemployed.

Germany is the only country in which a good integration into the job market influences women negatively in their choice to have a child. Gender differences are so high that women must often choose between their career and their wish to start a family. These cultural barriers must be overcome so that flexible job protection, security and the choice for a family may be compatible.

## Einleitung

Der in Deutschland stattfindende demographische Wandel, gekennzeichnet durch Geburtenrückgang und steigende Lebenserwartung, wirft aktuell und in der nahen Zukunft Probleme für die Sicherung der Sozialsysteme auf. Deren Überlastung betrifft in erster Linie die heute mittlere Generation, die vor der Aufgabe steht, nicht nur für die Alterssicherung der Elterngeneration einzustehen, sondern zunehmend und zusätzlich privat für ihre eigene Alters- und Gesundheitsvorsorge aufkommen muss.

Hat diese Entwicklung negative Folgen auf das Geburtenverhalten der Einzelnen? In keinem anderen Land der Welt gibt es so viele kinderlose Menschen wie in Deutschland.<sup>1</sup> Der Anteil an kinderlosen Frauen liegt in der Bundesrepublik bei 20 (Destatis 2006) bis 24 Prozent (DIW 2006), bei Akademikerinnen sogar bei ca. 30 Prozent (BiB 2005).

Dieses Paper geht der Frage nach, ob durch eine Lockerung des Kündigungsschutzes - und damit erhöhter Flexibilität bei Neueinstellung und Entlassung am Arbeitsmarkt - die Entwicklung der Geburtenrate positiv beeinflusst werden kann.

Berufliche Unsicherheit gilt gemeinhin als unvereinbar mit der Wahl, eine Familie zu gründen oder zu vergrößern. Die politische Herausforderung lautet deswegen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen Flexibilität mit Sicherheit zu *vereinbaren*. Im Diskurs hat sich der Neologismus *Flexicurity* als Zusammensetzung von *flexibility* und *security* eingebürgert. Die Autoren der Studie plädieren dafür, die *beiden* Probleme der Arbeits- und der Kinderlosigkeit mit *einer* gemeinsamen Politik zu begegnen, um auf diese Weise negative Effekte im Hinblick auf beide Politikfelder zu vermeiden.

---

<sup>1</sup> Henry-Huthmacher, Christine (2004): *Politik für Familien im europäischen Vergleich*, In: *Politische Studien*, Heft 396, 55. Jg., Juli/Aug. 2004:31

### **Auswahl der Länder: Einordnung in Wohlfahrtsmodelle**

Neben Deutschland werden drei weitere EU Länder betrachtet: Österreich, Dänemark und Großbritannien. Als Repräsentanten für verschiedene wohlfahrtsstaatliche Regime (vgl. Esping-Andersen 1990), können diese konstruktiv mit Deutschland verglichen werden. Innerhalb des Flexibility-Diskurses bieten diese Länder somit wichtige Beispiele.

**Großbritannien** gilt als klassischer Vertreter des „liberalen“ Wohlfahrtsstaats. Das liberale Modell ist charakterisiert durch niedrige universelle Transferleistungen, geringe Sozialversicherungsprogramme und eine bedarfsgeprüfte Sozialfürsorge. Soziale Leistungen, die sich auf die Sicherung des Existenzminimums beschränken, werden nicht durch den Staat, sondern durch den Markt erbracht (vgl. Esping-Andersen 1990). Trotzdem erreicht Großbritannien, wie auch Dänemark, eine Geburtenrate von 1,80 Kindern pro Frau (EUROSTAT 2005), und damit einen Wert, der nahe an der Sicherungsrate für den Erhalt der Bevölkerungszahl liegt. Mit einem mittleren Wert von 1,34 Kindern pro Frau unterschreitet Deutschland diese Sicherungsrate bei weitem (EUROSTAT 2005).

**Dänemark** verkörpert die Verbindung von *Flexicurity* mit dem traditionellen *Skandinavischen Modell* einer allumfassenden Versorgung. Dieses Modell wird charakterisiert durch eine starke sozialdemokratische Tradition staatlicher Absicherung, Umverteilung, individueller Gleichbehandlung und gewerkschaftlichem Engagement, sowie einer hohen Beschäftigungsquote.

**Österreich** repräsentiert, ähnlich wie Deutschland, ein „konservatives“ Wohlfahrtsregime. Die staatliche Zuwendung konzentriert sich auf Lohnarbeit und Familien. Die Maßnahmen sind temporär, Unterstützungsleistungen hängen vom individuellen Verdienst und vom Familienstand ab. Die Entwicklung der Geburtenrate und des Arbeitsmarktes in Österreich ist trotzdem dynamischer als in Deutschland. Ein Vergleich ist daher aufschlussreich.

Darüber hinaus betrachtet diese Analyse eine erweiterte Typologie: Fragen der Geschlechterrollenstereotype und Geschlechtergerechtigkeit spielen eine erhebliche Rolle Diese werden als wichtige Elemente der Familienpolitik angesehen . Innerhalb dieser Typologie gehört beispielsweise Dänemark zur Gruppe der „moderaten“ Ernährermodelle, Österreich und Deutschland hingegen zur Gruppe der „starken“ Ernährermodelle <sup>2</sup>.

---

<sup>2</sup> Schmitt, Christian (2007): *The Impact of Labour Market Integration on Fertility Decisions. – A Comparison of Germany and the UK*. GSOEP/DIW Berlin 2007. (Im Erscheinen)

## Stand der politischen Diskussion

Der Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“ der Robert-Bosch-Stiftung unter der Leitung des Wirtschaftsforschers Hans Werner Sinn (2005) nennt als wesentliche Voraussetzung für die Familiengründung, Vertrauen in die eigene Zukunft und gesellschaftliche Wertschätzung. Diese gehen nicht zuletzt aus den ökonomischen Rahmenbedingungen hervor.

Im Zusammenhang mit Deregulierungsmaßnahmen am Arbeitsmarkt wird häufig vor den zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die Geburtenrate gewarnt. Anlässlich der Diskussion um den Abbau des Kündigungsschutzes in Deutschland wird v.a. von Vertretern der Gewerkschaften, SPD, Linke/PDS und den jeweils nahe stehenden Stiftungen die Besorgnis geäußert, dass *„[o]hne berufliche Perspektive [...] der Wunsch nach Kindern und Familie auf der Strecke“* bleibe (DGB Bundesvorstand, Kurzinformationen Aug. 2006). In abgeschwächter Form formuliert der SPD-Abgeordnete Florian Pronold für den Landesverband Bayern *„Wer Angst um seinen Arbeitsplatz hat, kauft kein neues Auto, baut kein Haus – und verschiebt vielleicht sogar die Familiengründung auf später.“*<sup>3</sup> Auch die Bundestagsfraktion DIE LINKE qualifiziert die Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt als ursächlich für die niedere Geburtenrate in Deutschland.<sup>4</sup> Die Wiederherstellung des Kündigungsschutzes versteht sie gar als familienpolitische Maßnahme.<sup>5</sup> Auch interessant ist das Zitat vom CDU Sozial-Politiker Karl-Josef Laumann: *„Die Wirtschaft hat dienende Funktion, und sie hat auf menschliche Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Wir diskutieren darüber, warum es in Deutschland so wenig Kinder gibt. Aber wir reden kaum darüber, wie sich ein junges Paar für Kinder entscheiden soll, wenn es seine Zukunft nicht halbwegs sicher planen kann? Wie soll man sich denn für Kinder entscheiden, wenn man kein unbefristetes Arbeitsverhältnis hat?“*<sup>6</sup>

Die gesetzliche Regelung des Kündigungsschutzes, wie auch die Bestimmungen, die Fest- oder Zeitverträge regulieren, stellen eine Einschränkung der Arbeitgeber dar, in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs die Belegschaft zu reduzieren, und erhöhen dadurch die Dauerhaftigkeit des Arbeitsplatzes.

---

<sup>3</sup> SPD-Landesverband Bayern, Argumente zum Koalitionsvertrag – Nr. 1, 2. Fassung, Stand: Mai 2006: „Kündigungsschutz“ von Florian Pronold, MdB

<sup>4</sup> Vgl. Werner Dreibus, „Kündigungsschutz ausweiten!“ Rede in der Plenardebatte am 28.9.2006 zum Kündigungsschutz zu den Anträgen der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 16/2080) und der FDP (Drs. 16/1443); *„[...] dann stehen sie im Deutschen Bundestag und jammern, dass keine Familien gegründet werden und keine Kinder mehr auf die Welt kommen. Ja um Himmels willen, junge Menschen, die nur noch befristete Arbeitsverträge haben, die können doch gar keine Familien mehr gründen und erst recht keine Kinder mehr in die Welt setzen. Dann wären sie nämlich verantwortungslos [...].“* („Wir wollen klare Begriffe haben“, Beitrag von Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, auf der Berlin-Brandenburger Basiskonferenz am 25.11.06).

<sup>5</sup> „Positionen der Fraktion – Familienpolitik“: [www.linksfraktion.de/thema\\_der\\_fraktion.php?artikel=1771892620](http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1771892620)

<sup>6</sup> Interview im Tagesspiegel 22.04.07 *„Wir haben bald große Probleme“*

### **Wer profitiert vom Kündigungsschutz?**

In Perioden steigenden Bedarfs kann der Kündigungsschutz die Neueinstellung jedoch negativ beeinflussen, da die Firmen bei der Festeinstellung neuen Personals die voraussichtlichen Kosten für künftige Entlassungen von Beschäftigten mit einplanen. Dies kann sich folglich negativ auf die Langzeitarbeitslosigkeit auswirken. Internationale Vergleiche stützen die These, dass ein stärkerer Kündigungsschutz das Risiko der Entlassung zwar mindert, jedoch im Gegenzug den Übergang zwischen Beschäftigungslosigkeit und Beschäftigung erschwert (OECD 2004, S. 3).

Darüber hinaus verteilen sich **Kosten und Nutzen des Kündigungsschutzes** ungleich auf verschiedene Gruppen der Gesellschaft. Von einem starken Beschäftigungsschutz profitieren vor allem diejenigen, die bereits dem Kernarbeitsmarkt angehören: in der Hauptsache Männer im Alter von 25-54. Diese profitieren sowohl im Bezug auf die Arbeitsmarktaussichten als auch auf die Wahrscheinlichkeit, ein Dauerarbeitsverhältnis zu behalten. Ihre Position wird zusätzlich dadurch gestärkt, dass sie aufgrund ihrer Stellung Druck auf die Löhne ausüben können. Dies geschieht zu Ungunsten derer, die in Zeitverträgen arbeiten oder ohne Beschäftigung sind.

Gerade junge Berufsanfänger und Wiedereinsteiger wie Frauen nach der „Erziehungspause“ tragen dann die Kosten dieses Privilegs: Sie sind häufiger und stärker von verminderten Einstellungschancen betroffen; gleichzeitig sind sie seltener in der Lage, von weniger Entlassungen zu profitieren. Tatsächlich legen empirische Befunde nahe, dass ein strikter Kündigungsschutz die Beschäftigungsquote sowohl von jungen Menschen als auch von Frauen „im besten Alter“ senkt (Ebenda:3f.).

### **1. Arbeitsmarktintegration und unterschiedliche Familienmodelle**

Die Faktoren, die Eltern zu einem ersten Kind ermutigen bzw. davon abhalten, sind länderspezifisch unterschiedlich und hängen mit der jeweiligen Ausgestaltung der Sozialsysteme und der Kultur zusammen.

Um herauszufinden, ob, für wen und in welchem Maß der Kündigungsschutz für die Familienplanung überhaupt eine Rolle spielt, sollen zunächst die länderspezifischen Unterschiede in den Auswirkungen von Beschäftigungsunsicherheiten auf die Familiengründung herausgearbeitet werden. Die Studie folgt hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration der Grundannahme: „Je höher die berufliche Integration, desto größer ist auch die persönliche Sicherheit“. Wirkt sich die Integration im Arbeitsmarkt automatisch *positiv* auf den Kinderwunsch aus, oder gar *negativ* und warum? Welche Art von Sicherheit ist für den Kinderwunsch ausschlaggebend und wie kann dieses relevante Sicherheitsgefühl durch entsprechende Maßnahmen bestärkt werden?

In westlichen Wohlfahrtsstaaten werden Familien mit unterhaltsberechtigten Kindern auf zwei unterschiedliche Arten unterstützt: Entweder werden die entstehenden Kosten durch direkte familienbezogene Transferleistungen und steuerliche Entlastungen oder durch den Auf- und Ausbau einer öffentlichen Infrastruktur zur außerfamiliären Kinderbetreuung unterstützt.

In **Großbritannien** sind die Leistungen der Arbeitslosenversicherung recht gering . Im Gegensatz zu den deutschen Transferleistungen steigen sie im Fall einer Elternschaft nicht an.<sup>7</sup> Dieser Sachverhalt, sowie die Garantie eines Mindesteinkommens verringert im Fall der Arbeitslosigkeit das Haushaltseinkommen entscheidend. Dies kann Entscheidung für ein Kind stark negativ beeinflussen. Mütter und Väter erhalten außerdem keinerlei finanzielle Unterstützung während der Elternzeit. Im Ganzen gesehen sind familienbezogene Transferleistungen eng begrenzt. Kinderbetreuung ist im Wesentlichen privat organisiert. Obgleich es in Bezug auf die Kinderbetreuung nur begrenzte finanzielle Hilfen gibt, bleiben die Betreuungskosten für arbeitende Eltern unter den höchsten der EU (Schmitt 2007, S. 7).

Die in Großbritannien allgemein rudimentären Transferleistungen begünstigen Doppelverdienerfamilien. Die Frauenerwerbsquote liegt in Großbritannien mit 65,9 Prozent deutlich über dem Niveau Deutschlands (59,6 Prozent) und Österreichs (62,0 Prozent) (Eurostat 2005).

Die deutlich positiven Effekte der Teilzeitbeschäftigung britischer Frauen legen nahe, dass eine Kombination aus Arbeit und Familienrolle einer Entscheidung *zwischen* den zwei Sphären vorgezogen wird. Nur während längerer Perioden der Beschäftigungslosigkeit oder bei niedrigem beruflichem Status erhöht sich die Bereitschaft zur Familiengründung, da die Elternschaft in diesen Fällen niedrige Opportunitätskosten mit sich bringt.<sup>8</sup>

### **Dänemark**

Die dänischen Erfahrungen stützen die These, dass mehr Mobilität am Arbeitsmarkt der Familiengründung dienlich sein kann. Die Politik hat für ein hohes Beschäftigungsniveau und eine erhebliche Dynamik auf dem Arbeitsmarkt gesorgt. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist somit drastisch gesunken . Der dänische Arbeitsmarkt verfügt über ein hohes Niveau der Fluktuation zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, in der die Kurzarbeitslosigkeit dominiert.

Das staatliche Arbeitslosengeld kann bis zu 90 Prozent des früheren Einkommens betragen, entsprechend Lohns im Dreimonatszeitraum vor der Arbeitslosigkeit. Der Arbeitslose muss jedoch aktiv Arbeit suchen und an aktivierenden Arbeitsmarktprogrammen teilnehmen. Im Vergleich zu allen anderen Ländern der Europäischen Union ist die Jugendarbeitslosigkeit gering und die Beschäftigungsquote für Frauen am höchsten, was gleichzeitig einer hohen Geburtenrate keineswegs abträglich ist. (Siehe Tabelle, S.4)

Der dänische Staat bietet hoch subventionierte, öffentliche Kinderbetreuungsangebote mit dem Ergebnis einer fast universellen Kinderbetreuung im Vorschulalter: Sie erreicht mehr als die Hälfte der Kinder bis 2 Jahre und circa 95 Prozent der Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren. Darüber hinaus wird eine lange und finanziell gut abgesicherte Elternzeit gewährleistet.

---

<sup>7</sup> Die folgenden Informationen zu Großbritannien folgen Schmitt (2007), a.a. O. (FN 1)

<sup>8</sup> Ebd., S. 11

In **Deutschland** beruht die Sozialpolitik in erster Linie auf der Annahme geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung zwischen Haushalts- und Marktarbeit. Die familienbezogenen Transferleistungen in Deutschland sind recht großzügig und ermutigen Frauen finanziell dazu, sich aus dem Arbeitsmarkt zurückzuziehen. Sie beinhalten u.a. großzügige kindbezogene Vergünstigungen und ausgedehnte Mutterschutzbestimmungen, ohne dass eine Verpflichtung zur Rückkehr auf den Arbeitsmarkt besteht. Eine solche Rückkehr auf den letzten Arbeitsplatz wird jedoch für eine Dauer von drei Jahren gesetzlich gewährleistet.

Diese großzügigen Transfers werden flankiert von einer nur begrenzten Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen, wodurch es schwieriger wird, Arbeit und Kindererziehung miteinander zu vereinbaren. Eine solche Politik neigt dazu, Frauen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten und begünstigt das Modell des männlichen Ernährers. Geht man von der höheren bildungs- und berufsbezogenen Beteiligung der Mehrheit der Frauen heute und in Zukunft aus, so betreffen Konflikte zwischen Arbeit und Familie in Deutschland nach wie vor insbesondere Frauen.<sup>9</sup>

Die Arbeiten von Kurz (Z. B. 2005) haben gezeigt, dass für Männer das Erreichen einer Vollzeitposition der entscheidende Ausgangspunkt für die Familiengründung ist. Die Familiengründung verzögert sich, wenn der Mann in Teilzeit berufstätig, in Ausbildung oder arbeitslos ist (Kurz 2005, S. 194). Dies weist auf eine allgemeine Dominanz des männlichen Ernährermodells in der Bundesrepublik hin.

In Deutschland erfolgt im Fall der *schwachen Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt* eine Familiengründung selbst während kürzerer Perioden der Arbeitslosigkeit oder Abhängigkeit von Transferleistungen. Der erwartete negative Einfluss höherer Bildungsabschlüsse auf die Familiengründung bleibt jedoch aus. Beobachtbar ist vielmehr eine verzögerte Familiengründung. Eine abgeschlossene Ausbildung und eine erste Einbindung in den Arbeitsmarkt sind insbesondere für deutsche Frauen Vorbedingung, um sich für ein erstes Kind zu entscheiden. Diese Ergebnisse deuten auf eine Polarisierung zwischen beruflicher Rolle und traditioneller Arbeitsteilung hin.

## Österreich

Sowohl in Deutschland als auch in Österreich geht – trotz weniger gut entwickelten Erwerbsbeteiligungen von Frauen – eine große Zahl der Frauen Teilzeitbeschäftigungen nach. In Österreich ist die Frauenerwerbsquote mit 62 Prozent nur wenig höher als in Deutschland, wo sie beinahe 60 Prozent (2005) beträgt. Von den beschäftigten Frauen waren auch in Österreich 2002 über 35 Prozent lediglich in Teilzeit erwerbstätig. Männer hingegen sind in Österreich lediglich zu fünf Prozent und in Deutschland zu sechs Prozent teilzeitbeschäftigt (EUROSTAT, Thema 3 – 15/2003).

In den beiden deutschsprachigen Vergleichsstaaten erfolgt eine deutliche Schwerpunktsetzung auf

---

<sup>9</sup> Vgl. Kurz, Karin (2005): *Die Familiengründung von Männern im Partnerschaftskontext. Eine Längsschnittanalyse zur Wirkung von Arbeitsmarktunsicherheiten*. In: Angelika Tölke und Karsten Hank (Hg.): *Männer: Das 'vernachlässigte' Geschlecht in der Familienforschung*. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung: S. 178-197. und Eichhorst, Werner/ Thode, Eric: *Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich*, Bertelsmann Stiftung 2007

den Bereich der monetären Transferleistungen und Steuererleichterungen bei einem vergleichsweise eingeschränkten Angebot an außerfamiliärer Kinderbetreuung. Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und Nachmittagsbetreuung für Schulkinder sind in Österreich äußerst mangelhaft ausgeprägt. Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahren werden zum Großteil von den Müttern betreut. Die Dauer des Elternurlaubes ist mit zwei Jahren entsprechend lang. –Das staatliche Kinderbetreuungsgeld wird 30 bzw. 36 Monate für beide Elternteile ausbezahlt.<sup>10</sup>

Auch in Österreich erfährt das traditionelle Familienmodell des „male breadwinner“-Haushaltes die stärkste Unterstützung. Im Unterschied zu den Transfersystemen in Skandinavien nimmt hier der Anteil des verfügbaren Einkommens mit zunehmender Erwerbsbeteiligung der Frau deutlich ab. Der Anteil am Bruttohaushaltseinkommen ist am geringsten, wenn beide Elternteile einer vollen Erwerbstätigkeit nachgehen. In Österreich wird die als „modifizierte Versorgerehe“ bezeichnete Erwerbsform am stärksten unterstützt, der Anteil des verfügbaren Einkommens am Erwerbseinkommen ist dann am höchsten, wenn die Frau lediglich einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht.<sup>11</sup>

Generell zeigt sich für die untersuchten Länder, dass die Familiengründung durch Beschäftigungsunsicherheiten beeinträchtigt wird. Allerdings gibt es Unterschiede in der Stärke der Einflüsse zwischen den Ländern.

Darüber hinaus unterscheiden sich die Länder darin, inwieweit die Auswirkungen für Männer und Frauen differieren. Vor allem in konservativ geprägten Ländern, in denen das männliche Versorgermodell dominiert (Deutschland, Österreich), gibt es klare geschlechtsspezifische Unterschiede: Nur wenn der Mann von Beschäftigungsproblemen betroffen ist, wirkt sich dies verzögernd auf die Familiengründung aus. In Ländern mit liberaler Tradition (Großbritannien) sowie in jenen mit einer ausgeprägten Gleichstellungspolitik für Frauen (Dänemark) sind geschlechtsspezifische Auswirkungen hingegen nicht festzustellen.

Eine Flexibilisierung ermöglicht somit beides: die Dynamisierung des Arbeitsmarkts und die Rückkehr von Frauen aus der Elternzeit auf den Arbeitsmarkt. Dadurch würden Flexibilität und Sicherheit kompatibler mit dem Kinderwunsch.

## **2. Welche Auswirkungen hat der Kündigungsschutz auf die Geburtenrate in den vier Ländern?**

<b>Der Kündigungsschutz im Ländervergleich: der OECD-Index</b>
--

<sup>10</sup> Sonja Dörfler/Benedikt Krenn (2005): *Kinderbeihilfenpakete im internationalen Vergleich. Monetäre Transferleistungen und Steuersystem im Bereich der Familienförderung in Österreich, Deutschland, Norwegen und Schweden*. ÖIF Working Paper Nr. 52, S. 52

<sup>11</sup> Ebenda

Die gesetzlichen Bestimmungen zum Beschäftigungsschutz beeinflussen die Entscheidungen bezüglich von Einstellungen und Entlassungen. Dazu gehören die Dauer der Arbeitsverträge und die Bedingungen für Kündigungen und Abfindungen.

Die OECD hat für eine Reihe von Staaten Indikatoren für den Beschäftigungsschutz über einen Zeitraum von mehreren Jahren veröffentlicht. Zuletzt im Jahr 2004, um die Schärfe des gesetzlichen Beschäftigungsschutzbestimmungen aufzuzeigen und somit die Unterschiede zwischen den Staaten zu messen.

Der Gesamtindex wird in drei Komponenten aufgeschlüsselt:

1. Vorschriften für die Bedingungen von individuellen Entlassungen in Dauerarbeits-/unbefristeten Verträgen
2. Zusätzliche Bestimmungen für Massenentlassungen sowie
3. Vorschriften für zeitlich befristete Arbeitsverträge.

	<b>Großbritannien</b>	<b>Dänemark</b>	<b>Deutschland</b>	<b>Österreich</b>
Spezifische Vorgaben bei Massenentlassungen	0,45	0,60	1,1	1,00
Schutz regulärer Arbeitnehmer vor (individ.) Kündigung	0,45	0,65	0,65	0,55
Gesetzl. Bestimmungen bzgl. Zeitarbeitsverträgen	0,13	0,60	0,75	0,60
<b>Gesamtindex Kündigungsschutz zw. 0 &lt; x &lt; 6</b>	<b>1,03</b>	<b>1,85</b>	<b>2,50</b>	<b>2,15</b>

(Die der Tabelle entnommenen Zahlen wurden auf zwei Dezimalstellen hinter dem Komma gerundet.)

(Zur besseren Darstellbarkeit wurden die Werte der Indikatoren „Beschäftigung insgesamt“ und „Beschäftigung Frauen“ durch den Faktor 40 dividiert.)

	Geburtenrate 2003*	Beschäftigung gesamt 2003*	Beschäftigung Frauen 2003*	Kündigungsschutz 2003**
Großbritannien	1,71	71,5	65,3	1,03
Dänemark	1,76	75,1	70,5	1,85
Deutschland	1,34	65,0	58,9	2,50
Österreich	1,38	68,9	61,6	2,15

\* Quelle: EUROSTAT

\*\* Quelle: OECD 2004

Wie die Abbildung zeigt, liegen die Geburtenraten in Großbritannien und Dänemark mit 1,71 bzw. 1,76 Kindern pro Frau deutlich über den Vergleichswerten Deutschlands (1,34) und Österreichs (1,38).

Der Kündigungsschutzindex erreicht nichtsdestoweniger mit einem Wert von 1,03 seinen niedrigsten Wert in Großbritannien mit deutlichem Abstand gefolgt von Dänemark und einem Wert von 1,85.

Deutschland und Österreich als Länder mit starkem Kündigungsschutz (2,50 bzw. 2,15) weisen dagegen nicht nur vergleichsweise geringere Geburtenzahlen, sondern auch deutlich niedrigere Beschäftigtenraten auf – sowohl in Bezug auf die Gesamtbeschäftigung als auch auf die Frauenerwerbsquote.

In Dänemark sind die Gesamtbeschäftigung und Frauenbeschäftigung mit Abstand am höchsten. Wenngleich sich noch immer Unterschiede zwischen Frauen- und Männerbeschäftigung finden lassen.

### 3. Welche Auswirkungen ergeben sich für den Zusammenhang von Kündigungsschutz und Geburtenrate?

#### Großbritannien

Im Ländervergleich ist der britische Arbeitsmarkt durch eine hohe Flexibilität gekennzeichnet. Der Standardindikator ist hier der durchschnittliche Verbleib beim selben Arbeitgeber<sup>12</sup>. Außerdem fällt die Langzeitarbeitslosigkeit mit einem Anteil von 21,5 Prozent im Jahr 2003 im Vergleich zu Deutschland (49,6 Prozent), Dänemark (20,3 Prozent) und Österreich (25,0 Prozent) niedrig aus.<sup>13</sup>

Zwischen der vergleichsweise hohen britischen Geburtenrate und dem Umstand, dass im Vereinigten Königreich der (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt verhältnismäßig einfach ist, lässt sich zwar noch keine Kausalität ableiten. Es bleibt jedoch festzustellen, dass durch die flexiblen Einstellungs- und Kündigungsbestimmungen **keine negative Wirkung** auf die Bereitschaft zur Familiengründung hergeleitet werden kann.

#### Dänemark

Dänischen Arbeitgebern entstehen bei Entlassungen vergleichsweise niedrige Kosten. Abfindungszahlungen beschränken sich auf die Finanzierung der ersten zwei Tage der Arbeitslosigkeit. Die Unternehmen können sich flexibel an Schwankungen der Auftragslage anpassen. Im Konjunkturabschwung entlassen sie eher als in Deutschland, im Konjunkturaufschwung stellen sie jedoch auch früher ein. Der geringe Kündigungsschutz wird gleichsam als wesentliche Ursache für die hohe Arbeitsplatzmobilität in Dänemark betrachtet. Ungeachtet der jeweiligen Beschäftigung, Ausbildung oder des sozioökonomischen Niveaus, lässt sich diese zunächst an den statistischen Zahlen für offene Stellen ablesen,

Dabei ist es wichtig zu beachten, dass keine besonderen Geschlechterunterschiede bezüglich der Arbeitsplatzmobilität bestehen. (Databank of Statistics Denmark 2005). Da das Niveau des Kündigungsschutzes gering ist, gibt es weniger Zeitverträge und insofern mehr Sicherheit. In Dänemark werden jährlich rund eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen. Bezogen auf die Gesamtzahl der Arbeitsplätze entspricht dies rund 40 Prozent.

---

<sup>12</sup> Bredgaard, Thomas/Larsen, Flemming/Kongshøj Madsen, Per (April 2005): *The flexible Danish labour market. A review*. CARMA Research Papers 2005:01, Aalborg University: CARMA, [www.socsci.auc.dk/carma/carma-1.pdf](http://www.socsci.auc.dk/carma/carma-1.pdf) (15.03.2007)

<sup>13</sup> Gemessen am Anteil der Arbeitslosen mit einer Dauer von über 12 Monaten an allen Arbeitslosen (Eurostat 2004)

Ein weiteres Mobilitätskriterium ist die Betriebszugehörigkeit. Dänemark befindet sich hinsichtlich seiner durchschnittlichen Betriebszugehörigkeitsdauer mit den USA und dem Vereinigten Königreich am unteren Ende der Skala einer aktuellen OECD-Untersuchung und kann mit liberalen Arbeitsmärkten verglichen werden. Dies steht in krassem Gegensatz zu den europäischen Staaten mit hohem Kündigungsschutz (FES 2000).

Die geringe Beschäftigungssicherheit wird allerdings durch umfangreiche und relativ langfristige Ansprüche bei den Lohnersatzleistungen abgedeckt. Das gut ausgebaute System der sozialen Sicherung ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz des geringen Kündigungsschutzes bzw. des deregulierten Arbeitsmarktes.

Das Beispiel Dänemark zeigt, dass ein geringer Kündigungsschutz sich nicht negativ auf die Geburtenraten auswirken muss, sondern dass er sogar **positiv** sein kann. Dadurch wird eine bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt ermöglicht, und die gesellschaftliche Akzeptanz des kurzzeitigen Verlusts des Arbeitsplatzes wird erhöht.

### **Deutschland und Österreich**

Sowohl in Deutschland als auch in Österreich führt die Schwerpunktsetzung auf den Bereich der monetären Transferleistungen und Steuererleichterungen bei einem vergleichsweise eingeschränkten Angebot an außerfamiliärer Kinderbetreuung zur Dominanz des traditionellen Ernährersmodells.

Bei deutschen Männern sind Beschäftigungsunsicherheiten relevant: erst eine vollständige Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht die Entscheidung für ein Kind.

Gleichzeitig finden sich in Bezug auf die Bundesrepublik keine Hinweise dafür, dass eine unsichere berufliche Perspektive – gemessen an der Befristung des Beschäftigungsverhältnisses – sich negativ auf den Übergang zur Vaterschaft auswirkt.<sup>14</sup>

Vor allem gut qualifizierte Frauen und Frauen mit starker Einbindung in den Arbeitsmarkt entscheiden sich relativ selten oder zeitlich verzögert für ein Kind. Beschäftigungsunsicherheiten sind für Frauen in den beiden Vergleichsstaaten weniger relevant; stattdessen leiden sie eher unter den verminderten beruflichen Einstiegs- und Wiedereinstiegschancen, die durch den Kündigungsschutz induziert werden.

Frauen mit schwacher Einbindung in den Arbeitsmarkt – und mit niedrigeren Investitionen in das eigene Humankapital – entscheiden sich leichter für ein Kind. Das wird durch die relativ großzügigen familienbezogenen Transferleistungen und steuerrechtliche Vergünstigungen ermöglicht. Daher haben Beschäftigungsunsicherheiten vermutlich keine negativen Auswirkungen auf den Kinderwunsch.

---

<sup>14</sup> Kurz, Karin (2005): *Die Familiengründung von Männern im Partnerschaftskontext. Eine Längsschnittanalyse zur Wirkung von Arbeitsmarktunsicherheiten*. In: Angelika Tölke und Karsten Hank (Hg.): *Männer. Das 'vernachlässigte' Geschlecht in der Familienforschung*. Sonderheft 4 der *Zeitschrift für Familienforschung*:178-197.

## **Übertragbarkeit des Flexicurity-Modells auf Deutschland?**

Mit den jüngsten Reformen hat sich Deutschland einen großen Schritt vom „Flexicurity“-Modell entfernt. Die Kernidee des dänischen Modells besteht darin, das Motivationsniveau von Arbeitslosen hoch zu halten, indem eine großzügige Unterstützung gezahlt wird (bis zu 90 Prozent des früheren Lohns). Erst diese ermöglicht es, den Lebensstandard zu halten und die Zeit zur Verbesserung von Berufsqualifikationen zu nutzen.

Im Gegensatz zum skandinavischen Modell bedeutet das neue deutsche Modell, dass die Menschen ihre Lebensversicherung und private Altersvorsorge aufgeben müssen, so dass ihnen im Rentenalter nichts mehr davon übrig bleibt. Gleichzeitig ist der Kündigungsschutz in Deutschland nicht stark genug gelockert worden. Ein Resultat davon ist, dass Arbeitgeber auch weiterhin nur wenige Neueinstellungen vornehmen. Vorhersehbar ist, dass mittelfristig immer mehr alte Menschen in Armut leben werden, was weitere negative Folgen für den Konsum und damit die wirtschaftliche Situation haben wird.

Inwieweit ist das *Flexicurity*-Modell auf Deutschland übertragbar?. Eine Beantwortung dieser Frage ist im Rahmen dieser Untersuchung zwar nicht möglich. Stattdessen soll herausgefunden werden, unter welchen Umständen das *Flexicurity*-Modell das Problem der Arbeitslosigkeit und der Kinderlosigkeit in Deutschland zu erklären hilft.

Ein solches Modell benötigt eine starke Beteiligung des Staates an sozialen Leistungen bzw. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für bessere berufliche Übergänge, Arbeitslosenprogramme und -unterstützung. Auch Kinderbetreuung spielt hierfür eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt muss das Modell von Doppelverdienern gestärkt werden (Steuersystem, Reform des Ehegattensplittings und Abschaffung der Minijobs) (OECD 2007).

Eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes wirkt sich nicht negativ auf die Geburtenrate aus. Sie ermöglicht eine Dynamisierung des Arbeitmarktes und fördert die Entscheidung für ein Kind- besonders von Frauen, die hoch qualifiziert und beschäftigt sind.

Literatur:

- Bender, Stefan/Kohlmann, Annette/Lang, Stefan (2003): *Women, work, and motherhood: changing employment penalties for motherhood in West Germany after 1945 - a comparative analysis of cohorts born in 1934-1971*, MPIDR Working Paper WP-2003-006
- Blossfeld, Hans-Peter et al. -herausgeber: *Structural change and career mobility in the Netherlands, Germany, Sweden and the United States*. American Journal of Sociology, 103 (1997), 318-358.
- Blossfeld, Hans-Peter et al. :*Globalisierung, wachsende Unsicherheit und die Veränderung der Chancen der jungen Generationen in modernen Gesellschaften*. Ausgewählte Ergebnisse des GLOBALIFE-Projekts, in print: *ARBEIT - Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*, Issue 3, 2006.
- Boeri (et al.) (2005): *Women at work: an economic perspective*. A report of the fondazione Rodolfo Debenedetti Bosch Stiftung/ BiB (2006): *Kinderwunsch höher als Geburtenrate*
- Bredgaard, Thomas/Larsen, Flemming/Kongshøj Madsen, Per (April 2005): *The flexible Danish labour market – a review*. CARMA Research Papers 2005:01, Aalborg University: CARMA, <http://www.socsci.auc.dk/carma/carma-1.pdf> (15.03.2007)
- DIE LINKE, Fraktion im Deutschen Bundestag: „Positionen der Fraktion – Familienpolitik“: [www.linksfraktion.de/thema\\_der\\_fraktion.php?artikel=1771892620](http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1771892620) (geladen am 26. Febr. 07)
- Domsch, Michael (2007): „Ursachen für das große Gehaltsgefälle zwischen Männern und Frauen (Gender Pay Gap).“ Vortrag anlässlich des Round-Table-Gesprächs der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin, 29. Jan. 2007
- Dörfler, Sonja (2007): *Kinderbetreuungskulturen in Europa. Ein Vergleich vorschulischer Kinderbetreuung in Österreich, Deutschland, Frankreich und Schweden*. ÖIF Working Paper Nr. 57 / 2007, S. 18-24
- Dies./Krenn, Benedikt: *Kinderbeihilfenpakete im internationalen Vergleich. Monetäre Transferleistungen und Steuersystem im Bereich der Familienförderung in Österreich, Deutschland, Norwegen und Schweden*. ÖIF Working Paper Nr. 52 / 2005
- Dreibus, Werner (2006): „Kündigungsschutz ausweiten!“ Rede in der Plenardebatte am 28.9.2006 zum Kündigungsschutz zu den Anträgen der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 16/2080) und der FDP (Drs. 16/1443)
- Dynamics of Women's Employment Patterns over the Family Life Course: A Comparison of the United States and Germany* (together with Sonja Drobnic and Götz Rohwer). *Journal of Marriage and the Family*, 61 (1998), 133-146.
- Eichhorst, Werner/ Thode, Eric: Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich, Bertelsmann Stiftung 2007
- Emmerich, Knut (2000): *Der dänische Erfolgsweg zum Abbau der Arbeitslosigkeit* (zur dän. Flexicurity). Hg. von der FES
- EurActiv.com (22. März 2006): *Ist „Flexicurity“ auf Frankreich und Deutschland übertragbar?* (Gel. am 21.02.07): <http://www.euractiv.com/de/innovation/flexicurity-frankreich-deutschland-ubertragbar/article-153430>
- Esping-Andersen, Gøsta: *The three worlds of welfare capitalism*, Cambridge 1990.
- FES: Eltern - Kinder - Geld : Reform der Familienförderung ; Zusammenfassung der Konferenz vom 26. April 2006 in der Friedrich-Ebert-Stiftung / Deutsch-Schwedisches Dialogforum Berlin: FES, Forum Politik und Gesellschaft, 2006
- FES: Mehr Arbeit durch weniger Arbeitsrecht? : Arbeitsmarkt und Kündigungsschutz in den neuen Bundesländern ; Dokumentation einer Tagung des Erfurter Forum für Arbeits- und Sozialrecht am 8. Dezember 2005 / Red. u. wiss. Beratung: Franz Josef Düwell ; Michael Schultheiß ; Joachim Weyand -Erfurt, Bonn : FES, 2006
- Hartz, Peter u.a. (2002): *Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. - Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit*, Berlin
- Henry-Huthmacher, Christine (2004): *Politik für Familien im europäischen Vergleich*, In: *Politische Studien*, Heft 396, 55. Jg., Juli/Aug. 2004
- Institut für Demoskopie Allensbach (2004): *Einflussfaktoren auf die Geburtenrate - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44-jährigen Bevölkerung*
- Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQUA)
- Kaiser, Lutz C.; Siedler, Thomas (2001): *Die Dauer von Arbeitslosigkeit in Deutschland und Großbritannien \* ein internationaler Vergleich (1990-1995)*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 34, H. 4. S. 402-418; 160 KB.
- Kohler, Hans-Peter/Billari Francesco/Ortega José Antonio: *Low fertility in Europe. Causes, implications and policy options*. In F.R Harris (Hg). *The baby bust: who will do the work?* Roman and Littlefield Publishers 2006.
- Kröhnert, S./Olst, N. van/Klingholz, R. (2005): *Emanzipation oder Kindergeld? Wie sich die unterschiedlichen Kinderzahlen in den Ländern Europas erklären*. Hg.: Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung
- Kurz, Karin (2005): *Die Familiengründung von Männern im Partnerschaftskontext. Eine Längsschnittdanalyse zur Wirkung von Arbeitsmarktunsicherheiten*. In: Angelika Tölke und Karsten Hank (Hg.): *Männer. Das 'vernachlässigte' Geschlecht in der Familienforschung*. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung:178-197.
- Dies./Steinhage, Nikolei/Golsch Katrin (2005): *Case Study Germany: Uncertainty and the transition to adulthood*. In: Hans-Peter Blossfeld et al. (eds.): *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*. London: Routledge, 51-81.
- Lafontaine, Oskar (2006): „Wir wollen klare Begriffe haben“, Beitrag auf der Berlin-Brandenburger Basiskonferenz am 25.11.06
- MISSOC – Tabellen für 2005, hg. v. der Europäischen Kommission für Beschäftigung und Soziales: [ec.europa.eu/employment\\_social/social\\_protection/missoc\\_tables\\_archives\\_de.htm#2005](http://ec.europa.eu/employment_social/social_protection/missoc_tables_archives_de.htm#2005)

- OECD: Employment Protection: The Costs and Benefits of Greater Job Security, OECD-Observer, Policy Brief, Sept. 2004, <http://www.oecd.org/dataoecd/6/32/33736760.pdf>
- Rüling, Anneli/Kassner, Karsten (2006): Familienpolitik in der Gleichstellungsperspektive – Ein europäischer Vergleich. Bonn : FES, 2007
- Scharein, Manfred : Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen? Die Aussagekraft empirischer Daten zur Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen, 26. Juni 2005, 30. Jg., S. 6-13, BiB-Mitteilungen 02/2005.
- Schmitt, Ch./Wagner, G.G. (2006): Kinderlosigkeit von Akademikerinnen überbewertet, Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 21/2006, S. 313-317
- Schmitt, Christian (2007): The Impact of Labour Market Integration on Fertility Decisions. – A Comparison of Germany and the UK. GSOEP/DIW Berlin 2007. (Im Erscheinen)
- SPD-Landesverband Bayern (Hg.), Argumente zum Koalitionsvertrag – Nr. 1, 2. Fassung, Stand: Mai 2006: Kündigungsschutz“ von Florian Pronold, Statistisches Bundesamt (6. Juni 2006): Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus. Eine Kohortenanalyse der Mikrozensus 1987 bis 2003. Von Dr. Klaus-Jürgen Duschek /Dr.
- Heike Wirth Dass.: Pressemitteilung vom 7. Nov. 2006: Im Jahr 2050 doppelt so viele 60-jährige wie Neugeborene.
- Stiegler, Barbara: Vorsorgender Sozialstaat aus der Geschlechterperspektive, Bonn : FES, 2007
- Wegener, Alexander/Lippert, Inge (30. Juli 2004): Familie und Arbeitswelt. Rahmenbedingungen und Unternehmensstrategien in Großbritannien, Frankreich und Dänemark, Berlin:Bertelsmann Stiftung